

## Aufbau Ost

von Marten Grimke, Jusos Sachsen-Anhalt

**Pragmatische Linke:**  
**Die progressive Kraft der Jusos.**

[pragmatische-linke@web.de](mailto:pragmatische-linke@web.de)

Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten. Ostdeutschland hat das Potenzial, seine Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik zu stärken und sich als Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder weiterzuentwickeln, insbesondere bei den Erneuerbaren Energien. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Nach der Deutschen Einheit müssen auch die soziale und die wirtschaftliche Einheit vollendet werden. Dafür bietet der Solidarpakt II bis 2019 weiterhin eine verlässliche Basis.

Für die Zukunft unseres Landes ist der demographische Wandel eine der größten Herausforderungen. In den neuen Bundesländern ist der demografische Wandel bereits in vollem Gang. Die alten Bundesländer sind bisher nur in wenigen Regionen vereinzelt betroffen. Der Süden des Landes profitiert momentan vom demografischen Wandel im Osten. Immer mehr junge Frauen wandern aus Ostdeutschland in die alten Bundesländer, bekommen dort ihre Kinder und sichern damit die nächste Generation. Des Weiteren ziehen vor allem die Bundesländer mit prosperierender Wirtschaft gut ausgebildete junge Fachkräfte an und können den Arbeitskräftebedarf hervorragend decken. Wir sehen die Wanderung der jungen Menschen nicht als grundsätzliches Problem. Mobilität an sich ist positiv, denn sie bietet die Chance, andere Menschen und Kulturen kennen zu lernen, dabei geografische und mentale Grenzen zu überwinden, Vorurteile abzubauen, Toleranz zu lernen und zu praktizieren und sich selbst zu bewähren. Das Problem aus der wünschenswerten Wanderung entsteht erst dann, wenn sie dauerhaft einseitig bleibt, wenn die Zuwanderung und die Rückwanderung fehlen. Folglich müssen neben guter Arbeit und gerechter Entlohnung weitere Bindungsfaktoren, gestärkt werden. Mentale Verbundenheit mit dem Unternehmen und der Kommune über Familie und Freundeskreis müssen hergestellt, ausgebaut und gepflegt werden. Hierfür setzen wir uns für eine Kooperation auf kommunaler Ebene von Politik, öffentlichen Dienstleistungen, engagierter Bürgerschaft und der regionalen Wirtschaft ein. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Diskurs über die positiven und negativen Phänomene der Deutschen Einheit. Vor allem brauchen wir eine neue Debatte, wie wir signifikante Zukunftsherausforderungen der neuen Bundesländer gemeinsam

gestalten können. Hierbei dürfen die Errungenschaften des Solidarzuschlags oder des Solidarpakts zwischen dem Bund und den Ländern nicht tabuisiert werden. Linke Politik muss sich immer an ihren Ergebnissen messen lassen – und eben nicht an ihren Versprechungen. Im Detail bedeutet das: Wir müssen die Probleme der neuen Bundesländer nach wie vor ernst nehmen! Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung sowie Rechtsextremismus sind Phänomene, welche in den neuen Bundesländern überproportional in Erscheinung treten. Dennoch wird man diese politischen Herausforderungen nicht allein durch einen Finanztransfer meistern können. Vielmehr brauchen wir intelligente und gesellschaftlich tragfähige Zukunftsmodelle, welche die strukturschwachen Regionen mannigfaltig stärken. Den notwendigen Diskurs darüber müssen wir gesamtgesellschaftlich führen.

Gute Zukunftschancen und Partizipation für alle Bürgerinnen und Bürger bilden das Rückgrat einer solidarischen Gesellschaft. Wir fordern die Einrichtung einer gemeinwohlorientierten Bürgerarbeit, die zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und damit Lebensperspektiven für die betroffenen Menschen schafft. Der tiefgreifende wirtschaftliche Strukturwandel und der Wandel in der Arbeitswelt bedingt diese Ergänzung der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Trotz intensiver Investitionsförderung, einer umfangreichen Nutzung der EU-Strukturfonds und erheblicher Finanzmittel für Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnte die Arbeitslosigkeit gerade in Ostdeutschland noch nicht in ausreichendem Maße abgebaut werden. Auch in Westdeutschland haben sich Regionen herausgebildet, die inzwischen eine ähnlich hohe Arbeitslosigkeit aufweisen. Wir benötigen deshalb als Ergänzung zu den aktuellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einen weiteren Bereich, um von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und damit Lebensperspektiven zu eröffnen. Dabei ist klar, dass nicht die Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt im Vordergrund steht. Die Maßnahmen sind vielmehr ein sozialpolitischer Beitrag zur Integration benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt. Wir wollen die Einrichtung von bundesweiter, auf Dauer öffentlich finanzierter gemeinwohlorientierter Bürgerarbeit.

Die Hochschulen in Ostdeutschland müssen schon allein aufgrund mancher Nachteile der fehlenden Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern besser und leistungsfähiger sein und bleiben, um den Trend der Abwanderung von jungen Menschen entgegen zu steuern. In den neuen Bundesländern resultiert diese Verantwortung nicht nur aus der Tatsache, dass die Hochschulen öffentlich finanziert werden, sondern vor allem daraus, dass die Hochschulen für die weitere ökonomische Entwicklung und damit für die Zukunft Ostdeutschlands eine Schlüsselrolle zufällt. Ohne zugkräftige Hochschullandschaft, welche die jungen Menschen aus der Region und den alten Bundesländern anzieht, würde diese Anziehungskraft wegfallen. Der Wanderungsstrom junger Menschen von Ost nach West ist umzukehren, so dass die neuen Bundesländer zum Zuzugsgebiet für den Nachwuchs werden.

Nach wie vor ist Rechtsextremismus ein besonderes Phänomen im Osten der Bundesrepublik. Die Wahlerfolge der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, Nazi-Aufmärsche und -Demonstrationen, fremdenfeindliche Übergriffe und rechte Gewalt sind mehr als nur Alarmsignale, die ein entschiedenes Handeln aller demokratischen Kräfte und jedes Einzelnen erfordern. Wir haben die primäre Aufgabe, uns für unsere Staatsform einzusetzen und sie mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen. Wir brauchen die Verständigung über eine wirksame Strategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus und den politischen Willen, diese Strategie konsequent durchzusetzen. Unser Eintreten gegen Antisemitismus bleibt für immer gepaart mit unserem Kampf gegen alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.